

Nachlese Öffentliche Sitzung

Fragen vom Landesbeirat für Inklusion der Menschen mit Behinderungen an alle Parteien

(Antworten von der SPD)

Inklusion

1. Welche Schwerpunkte setzt sich Ihre Partei auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft?

Bereits in der letzten und vorletzten Legislaturperiode hat die SPD dafür gesorgt, dass Inklusion in den Fokus der Staatsregierung rückte. Wichtig war uns, dass u. a. der Inklusionsbeauftragte sowie der Beirat für die Belange der Menschen mit Behinderungen bei der Staatskanzlei angesiedelt und alle Ministerien an der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt werden. Wir wollen die Fachressorts weiter in die Pflicht nehmen. Es darf kein Ministerium geben, das sich nicht für Inklusion zuständig fühlt.

Wir wollen überdies das Sächsische Inklusionsgesetz novellieren, u. a. mit dem Ziel, den Geltungsbereich auf die kommunale Ebene auszuweiten. Im Rahmen des Novellierungsprozesses werden wir gemeinsam mit den Verbänden und Selbstvertretungen ausloten, an welchen Stellen wir eine größere Verbindlichkeit herstellen können. Weitere Eckpunkte wären die stärkere Etablierung von einfacher bzw. leichter Sprache, hauptamtliche Behindertenbeauftragte in Landkreisen und kreisfreien Städten sowie die Verankerung von Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden uns dafür einsetzen, das breite Beteiligungsverfahren beizubehalten, welches Petra Köpping etabliert hat.

Zwei weitere Schwerpunkte sehen wir in den Fachbereichen Wohnen und Arbeit: Wir benötigen einen sozialen Wohnungsbau, der bezahlbares barrierefreies Wohnen flächendeckend ermöglicht. Außerdem benötigen wir einheitliche, gute Löhne im Bereich der persönlichen Assistenz, damit eigenständiges Wohnen mit Unterstützung umgesetzt werden kann. Wahlfreiheit im Gesetz haben wir geschaffen, für die Praxis benötigen wir das Personal dafür.

Im Bereich Arbeit wollen wir ein konstruktiver Partner bei der Umsetzung der angekündigten Werkstattreform des Bundes sein. Gemeinsam mit allen Beteiligten möchten wir weitere

Möglichkeiten finden, mehr Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

2. Wie möchte Ihre Partei die kommunale Ebene dabei unterstützen? Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass die für die Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen?

Unsere Kommunen stehen weiterhin vor finanziellen Herausforderungen. Eine Ausweitung des Inklusionsgesetzes beispielsweise auf die kommunale Ebene muss mit Landesmitteln finanziell untersetzt werden. Um dem Investitionsstau im Freistaat angemessen zu begegnen, schlagen wir vor, einen Sachsen-Fonds aufzulegen, um die notwendigen finanziellen Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen.

Bildung

1. Was kennzeichnet für Ihre Partei „Schulische Inklusion“ im Freistaat?

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, egal welchen Hintergrund sie haben, länger gemeinsam lernen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen sowie außerschulische Lernorte kontinuierlich inklusiv weiterentwickelt, entsprechende Maßnahmenpläne zur Umsetzung aktualisiert und personelle Ressourcen, Räume und Inhalte der Bildung auf tatsächlich gelebte Inklusion ausgerichtet werden. Die Exklusionsrate von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung kann dadurch Schritt für Schritt gesenkt werden. Auch hierfür benötigen wir mehr finanzielle Mittel, zum Beispiel für die Sanierung unserer Schulen, dafür setzen wir uns weiterhin ein. Wir sind uns bewusst, dass schulische Inklusion Lehrkräfte vor große Herausforderungen stellt, deshalb setzen wir uns für multiprofessionelle Teams ein.

2. Welche konkreten Schritte werden Sie zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung unternehmen?

Bildung findet für uns nicht nur in der Schule statt. Wir wollen lebenslanges Lernen für alle ermöglichen. Hierfür entwickeln wir Bildung und Lernorte kontinuierlich inklusiv weiter: Roadmap „Eine Kita für alle“; fortwährende Förderung von inklusiven Maßnahmen in Ausbildungsstätten, Schulen und Hochschulen. Wir haben das „QuaBiS“-Projekt an den Universitäten in Dresden und Leipzig im Jahr 2019 eingeführt, um dort Menschen mit Behinderungen zu Bildungs- und Inklusionsreferent:innen auszubilden. So können sie nach erfolgreicher Ausbildung sowohl die Hochschulen selbst als auch Volkshochschulen oder Kultureinrichtungen dabei unterstützen, inklusiver zu arbeiten. Auch der von uns mitinitiierte Volksantrag „5 Tage Bildungszeit“ stärkt unser Ziel des lebenslangen Lernens für alle.

Mobilität

1. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Barrierefreiheit des Öffentlichen Personennahverkehrs in Sachsen zu verbessern?

Zu einer Politik des Respekts gegenüber Menschen mit Behinderungen gehört auch ein barrierefreier ÖPNV, denn für Personen mit Geh-, Seh- oder Hörbehinderungen ist Mobilität genauso wichtig wie für alle anderen Menschen. Noch immer gibt es im öffentlichen Raum viele Barrieren zu beseitigen. Deshalb wollen wir die Investitionsmittel für Barrierefreiheit erhöhen, um den ÖPNV und auch das Ticketsystem barrierefrei zugänglich zu machen. Und ganz grundsätzlich gilt es, den ÖPNV in der Fläche zu stärken.

Das alles wird Geld kosten. Sächsische Finanzminister sind der Meinung, dass sie dem Land vor allem damit etwas Gutes tun, wenn sie Schulden tilgen und sparen. Wir sehen das anders: Eine solide Finanzpolitik ist wichtig – aber niemandem ist geholfen, wenn dafür Sachsens Infrastruktur leidet und die Menschen auf dem Land abgehängt werden. Wir setzen uns für eine moderne Finanzpolitik ein, die Lösungen findet und nicht verhindert: Dazu gehört u. a. der Nahverkehr im ganzen Land.

2. Welche strukturellen und finanziellen Wege kann Ihre Partei aufzeigen, den ÖPNV finanziell so ausstatten, dass eine barrierefreie Infrastruktur hergestellt werden kann und Fahrzeuge angeschafft werden können, die eine selbstständige und barrierefreie Nutzung für alle ermöglichen?

Die Grundlage dafür legen wir mit der Sächsischen Mobilitätsgesellschaft. So gelingt es, auch im Austausch mit den wichtigen Partnern der Mobilitätsentwicklung – von Pro Bahn e. V. sowie über die kommunalen Spitzenverbände – durch einen landesweiten Blick die Vernetzung der Regionen voranzubringen. Mit Blick auf die Finanzierung siehe die Antwort auf die vorangegangene Frage.

Gesundheitsversorgung

1. In welcher Weise unterstützen Sie die umfassende und flächendeckende Verankerung der Verpflichtung der Krankenhäuser zur Barrierefreiheit im sächsischen Landeskrankenhausgesetz aufnehmen?

Menschen mit Behinderungen haben laut UN-Behindertenrechtskonvention ein Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Diesem Recht kommen wir im Freistaat bislang nicht vollumfänglich nach. Daher werden wir die Fördermöglichkeiten zur Verbesserung der Barrierefreiheit im ambulanten medizinischen Versorgungsbereich insbesondere für Praxen im ländlichen Raum ausbauen und das bestehende niedrighschwellige Investitionsprogramm für barrierefreies Bauen „Lieblingsplätze für alle“ fortführen. Mit Letzterem tragen wir bereits zur Schaffung von Barrierefreiheit in bestehenden ambulanten Arztpraxen und Zahnarztpraxen bei. Wir haben in den vergangenen Jahren zudem sehr viel in Telemedizin investiert – eine Art der medizinischen Versorgung, die auch Menschen mit Behinderung, hauptsächlich jenen mit Mobilitätseinschränkungen, hilft.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass jede Bürgerin / jeder Bürger mit dem ÖPNV innerhalb von 45 Minuten den nächsten Arzt, Facharzt und Krankenhaus erreichen kann? Wenn ja, welche Pläne haben Sie dafür?

Uns ist es wichtig, Schienenstrecken zu reaktivieren, weil dies die Mobilität im ländlichen Raum verbessert und die regionalen Zentren besser verbindet. Zusätzlich zu den Strecken Meißen-Döbeln und Marienberg-Pockau-Lengefeld werden wir weitere Streckenreaktivierungen wie die Muldentalbahn und Beucha-Trebsen im Blick behalten. Da Reaktivierungen erhebliche Investitionen erforderlich machen, ist es wichtig, die Investitionskosten stets mit dem Nutzen-Kosten-Verhältnis abzugleichen. Für eine erfolgreiche Verkehrswende braucht es die nötigen Finanzen. Deshalb setzen wir uns für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes ein. Überdies werben wir seit Jahren medizinisches Personal an, um dem Ärztemangel zu begegnen. Mit Prämien für den ländlichen Raum und einer Erweiterung der Studienplatzkapazitäten.

Wohnen

1. Sind Sie für Veränderungen beim Baurecht bzw. Bauordnungsrecht, bspw. die Einführung eines Landeswohnraumfördergesetzes oder die Quotierung von sog. „R“-Wohnungen? Haben Sie dazu konkrete Vorhaben?

Selbstbestimmtes Wohnen ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wohnungsbaupolitik. Wir wollen, dass alle, die es möchten, so lange wie möglich im gewohnten Umfeld leben können. Zum Thema persönliche Assistenzen, die für eigenständiges Wohnen zum Teil benötigt werden, haben wir uns bereits unter Punkt eins geäußert – hier braucht es einen flächendeckend gleichen und guten Lohn, damit ausreichend Personal vorhanden ist.

Wir unterstützen die vom „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ angeregte Definition für einen Mindeststandard für den Neubau von Wohnungen, sodass neu gebaute Wohnungen im Bedarfsfall schnell barrierefrei umgerüstet werden können. In diesem Rahmen wird auch eine Reform der Musterbauordnungen sowie der Landesbauordnungen hinsichtlich der Anzahl der barrierefreien und mit dem Rollstuhl nutzbaren Wohnungen pro Gebäude oder der Einbau eines Fahrstuhls diskutiert, was wir ebenfalls unterstützen.

2. Wie möchte Ihre Partei sicherstellen, dass auch Menschen mit Behinderungen in einem barrierefreien Wohnraum im ländlichen Raum verbleiben können?

Möglicherweise wiederholen wir uns jetzt, aber das Thema ist sehr wichtig: Der Paragraph 50 der Bauordnung schreibt Barrierefreiheit vor. Das wollten wir und das ist gut. Doch das reicht nicht. Barrierefreie Wohnungen sind zu knapp. Vor allem müssen sie bezahlbar sein. Menschen mit Behinderung haben zum Teil keine hohe Rente und sind auf preiswerten Wohnraum angewiesen. Deshalb setzt sich die SPD für sozialen Wohnungsbau ein. Vor allem in Städten, wo die Wohnungen knapp sind. Den Vorschlag, wenn es zu teuer wird, kann man aufs Land ziehen, finden wir nicht gut. Selbstbestimmung heißt auch, wohnen, wo man wohnen möchte. Und: Wie man möchte. Die SPD hat mit dem Bundesteilhabegesetz dafür gesorgt, dass niemand gezwungen werden kann, im Heim zu leben. Man kann nun wählen. Für diese Wahlfreiheit benötigen wir aber genügend persönliche Assistenten, die sichern das Wohnen außerhalb von Wohnstätten ab (z. B. in Wohngemeinschaften). Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen persönliche Assistenz einheitlich bezahlt wird, damit es flächendeckend genug Assistenten gibt.

Fragen aus dem Publikum

(Fragen an alle Parteien)

1. Wie werden Sie sicherstellen, dass überall dort, wo Fördermittel des Freistaates eingesetzt werden (Baumaßnahmen, Projekte usw.), auch Barrierefreiheit tatsächlich umgesetzt wird und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sichergestellt wird? Bitte konkret beantworten!

Konkret hätte uns ein Vergabegesetz geholfen, öffentliche Aufträge nach sozialen Kriterien vergeben zu können, leider hat das die CDU blockiert. Für uns führt daran in der kommenden Legislatur kein Weg vorbei.

Ganz praktisch fordern wir auch mehr Teilhabe in der Kultur. In der vorletzten Legislatur haben wir mit dem SMWK-Projekte für Barrierefreiheit in Museen und Theatern angeschoben. Bedauerlicherweise sind hier in der jetzt endenden Legislatur keine weiteren Gelder geflossen. Wir wollen, dass weiterhin im Kunst- und Kulturbereich Teilhabe geschaffen wird, etwa durch Theaterstücke mit Audiodeskriptionen oder Führungen in Gebärdensprache.

2. In den Legislaturperioden werden zeitweise Themen rund um die Inklusion diskutiert. Alle Parteien sagen: Inklusion ist wichtig. Warum hapert es dann bei den Abstimmungen?

Das stimmt! In der Theorie finden alle Inklusion gut. Außer der AfD, die sagt, Inklusion sei eine schädliche Ideologie und Kinder mit Behinderungen sollen an Förderschulen bleiben, weil sie sonst verlacht werden und es ihnen nicht guttut. Manchmal wird Inklusion als zu teuer abgelehnt, zum Beispiel, wenn wir eine Ausweitung des Nachteilsausgleiches für alle Menschen mit Merkzeichen Gehörlos fordern. Manchmal wird Inklusion zwar gut gefunden, aber zunächst vergessen und muss dann mühselig im Nachgang eingearbeitet werden. Deshalb ist es uns wichtig, dass politische Prozesse von Beginn an inklusiv gedacht werden.

3. Wie möchte ihre Partei insbesondere Menschen mit Behinderungen vor „rechter Gewalt“ schützen?

Rechtsextremisten dürfen sich in Sachsen nicht sicher fühlen, wir werden weiter entschieden gegen sie vorgehen. Dafür gilt es den Menschen, die sich in Vereinen, Betrieben und Initiativen für unsere Demokratie und gegen Diskriminierung starkmachen, weiterhin den Rücken zu stärken, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen und zu schützen. Wir setzen das Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“ fort, legen einen Fokus auf Demokratieförderung und wollen die Prävention weiter stärken. Wir sehen es als gemeinsame Aufgabe aller staatlichen Ebenen und der Zivilgesellschaft an, rechtsextreme Strukturen zu bekämpfen und demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut zurückzudrängen. Die Menschen vor Ort dürfen sich damit nicht alleingelassen fühlen.

Ebendarum setzt sich SPD Sachsen auch für den flächendeckenden Ausbau von Beratungsstrukturen ein, damit Betroffene sowohl in den Städten als auch auf dem Land wohnortnah Unterstützung finden können. Mit den Akteuren der Antidiskriminierungsarbeit in Sachsen möchten wir weitere bedarfsgerechte Angebote entwickeln, auch für den digitalen Raum. Zur finanziellen Ausstattung des nächsten Landeshaushaltes können wir zum aktuellen Zeitpunkt leider keine Aussage treffen, da die Landtagswahlen und die Regierungsbildung noch ausstehen. Wir setzen uns jedoch auch in Zukunft für eine Finanzierung ein, die eine bedarfsgerechte Antidiskriminierungsarbeit erlaubt – und die langfristig verlässlich ist.

Ein weiterer Punkt: Wehret den Anfängen. Wir müssen Diskriminierung und Exklusion an der Wurzel offenlegen und bekämpfen. Wenn ein AFD-Politiker Menschen mit Trisomie 21 lächerlich macht, sich abfällig über sie äußert und die AfD diesen Menschen dennoch in den Landesvorstand wählt, muss das thematisiert werden. Diskriminierung wächst, wenn sie akzeptiert oder beschwiegen wird. Wir dürfen keine unangenehme Situation scheuen, um solche Denkweisen offenzulegen.

4. Wie steht Ihre Partei zu den aktuellen Friedensverhandlungen?

Am 1. September 2024 wählt Sachsen einen neuen Landtag. Dieser Landtag wird über viele wichtige Themen entscheiden, jedoch nicht über Außen- oder Sicherheitspolitik. Parteien, die solche bundespolitischen Themen im Landtagswahlkampf spielen, verkennen die Rolle des Sächsischen Landtags. Die SPD vertritt mehrheitlich die Position: Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Das ist mit Blick auf die Ukraine von größter Bedeutung. Wir wünschen den Menschen in der Ukraine baldigen Frieden. Wir wünschen zudem den Menschen in Russland und der Ukraine, dass sie wie wir in einer freiheitlichen Demokratie aufwachsen und leben können – darin besteht eine große Herausforderung.

5. Thema Gesundheit: Mehrere Parteien fordern in ihren Programmen Untersuchungsausschüsse zum Thema Corona – was sollten aus Sicht der Parteien die wichtigsten Ziele sein?

Sachsens Gesundheitsministerin und die Spitzenkandidatin der SPD – Petra Köpping – spricht sich für eine Überprüfung der Corona-Politik aus. Eine Enquetekommission des Landtags solle in der nächsten Legislaturperiode damit beginnen. Über mögliche Fehler sollte gesprochen werden, um daraus zu lernen. Das ist wichtig für die Zukunft und in einer Demokratie selbstverständlich. Wir finden aber auch, dass nicht alle getroffenen Vorsichtsmaßnahmen falsch waren. Sie haben in sogenannten vulnerablen Gruppen auch Leben gerettet. Länder wie Schweden, die eine sehr liberale Corona-Politik hatten, bedauern heute, wie viele Menschen in Pflegeheimen darüber ihr Leben verloren haben. Wir hingegen bedauern, welche große Lücken Corona in der Bildungslandschaft hinterlassen hat. Und so ist die Corona-Aufarbeitung nicht schwarz-weiß zu betrachten. Die zeitliche Distanz zur Pandemie darf nicht darüber hinwegtäuschen, wie viele Menschen tatsächlich verstorben sind. Neben der Fehleranalyse ist uns wichtig: Menschen mit Long Covid zu unterstützen sowie die Forschung und Beratung auszuweiten.